

2019 P 18.3959 Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung
(Wasserfallen Christian)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen,*

1. *wie eine nationale Strategie der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (BSLB) entwickelt werden kann;*
2. *wie die Eigeninitiative der für die BSLB zuständigen Kantone gefördert werden kann;*
3. *wie der Bund selbst aktiv werden könnte und welche gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden müssten.*

Die Schweizerische Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (KBSB) hat von 2018 bis 2021 eine nationale Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahn und einen Aktionsplan zur Umsetzung entwickelt. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat die Möglichkeiten der Förderung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung durch den Bund abgeklärt. Die Förderung erfolgt während der laufenden Periode 2021–2024 für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) über die Projektförderung gemäss den Artikeln 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes (SR 412.10) in zwei prioritären Bereichen:

- *viamia*: Von 2019 bis 2024 unterstützt der Bund die Kantone bei der Entwicklung und Umsetzung des Projekts «viamia – Kostenlose berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 Jahre».
- Umsetzung der nationalen Strategie für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung: Die Umsetzung der Strategie führt zu verschiedenen Projekten. Entsprechende Projektanträge der Kantone werden zurzeit mit dem SBFI abgeklärt.

Der Bund nutzt damit die gesetzlichen Möglichkeiten, gewisse Leistungen der Kantone für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung abzugelten und so zu einem qualitativ hochwertigen Angebot in der Schweiz beizutragen (vgl. Antwort des Bundesrats auf die Motion 22.3391 der WBK-N «Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren»). Entsprechende Projekte können auch in der BFI-Periode 2025–2028 im Rahmen der Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen geprüft werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 20.3163 Unterstützung der Lehrbetriebe (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat ergreift im Dialog und in Koordination mit den Kantonen sowie den Organisationen der Arbeitswelt gezielte und verhältnismässige Massnahmen, damit die Lehrbetriebe trotz der Gesundheits- und Wirtschaftskrise weiterhin Lernende beschäftigen und anstellen können.*

2021 P 21.3352 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge (Bulliard)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt Massnahmen zu prüfen, um zu verhindern, dass als Folge der Corona-Pandemie eine ganze Generation von Lernenden der Berufsbildung und Studierenden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt ist.*

Um den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Berufsbildung wirksam entgegenzutreten, hatte der damalige Bundespräsident Guy Parmelin im Mai 2020 die Task Force «Perspektive Berufslehre» ins Leben gerufen. Dabei richtete der Bund den Förderschwerpunkt «Lehrstellen Covid-19» ein. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation konnte so im Rahmen bestehender Kredite (Art. 54 und 55 Berufsbildungsgesetz; SR 412.10) Projekte mit bis zu 80 Prozent der Kosten prioritär unterstützen. Wie der am 19. Juli 2022 publizierte Erfahrungsbericht (www.tbbk-ctfp.ch > Themen > Coronavirus) zeigt, konnte der Bund zwischen Mai 2020 und März 2022 96 Projekte zur Stabilisierung des Lehrstellenmarktes mit Beiträgen von insgesamt 23 Millionen Franken unterstützen. Mit der Einrichtung des Förderschwerpunkts gelang es, ein bedürfnisorientiertes Unterstützungsinstrumentarium bereitzustellen. Zudem haben sich die Verbundpartner während der Corona-Pandemie für die Sicherstellung der Qualifikationsverfahren eingesetzt (berufliche Grundbildungen und kantonale Berufsmaturitätsprüfungen) und die gesetzlichen Grundlagen befristet angepasst. Lernende konnten dadurch einen vollwertigen, auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Berufsabschluss erlangen. Auch wurde sichergestellt, dass Absolvierende der Sekundarstufe II sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Bereich einen weiterführenden Studiengang auf Tertiärstufe aufnehmen konnten.

Die Berichterstattung 2020–2022 der Rektorenkonferenz der Schweizer Hochschulen zeigt, dass die Hochschulen den Betrieb von Lehre und Forschung mit digitalen Instrumenten aufrechterhalten haben, um so bald als möglich Präsenzformen mittels Teststrategien und Zertifikatspflicht wiedereinzuführen. Dies galt auch für die Durchführung der Prüfungen. Wo die Lehre auf Infrastruktur oder Interaktion angewiesen war, wurden diese unter Einhaltung strengster Gesundheitsvorschriften und Bewilligungspflichten durchgeführt. Für Studierende ohne gültiges Covid-Zertifikat wurden Online-Angebote zur Verfügung gestellt. Die Hochschulen haben zudem neue finanzielle Massnahmen vorgesehen oder bestehende aktiviert. Auch für die psychische Gesundheit der Studierenden wurden Vorkehrungen entwickelt oder bestehende ausgebaut.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motion und des Postulats als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4285 Berufsbildung und Gleichstellung. Lust und Kompetenzen vermitteln, unternehmerisch tätig zu werden. Frauen wie Männern und in allen Branchen (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, die Inhalte der vom Bund anerkannten Ausbildungsprogramme (höhere Fachschulen, Fachhochschulen usw.) einem Vergleich zu unterziehen. Untersucht werden soll, welchen Stellenwert in diesen Pro-*